

Saale-Beitung.

Wierundvierzigter Jahrgang.

Anzeigen

Wann die Spaltenzeile oder dem...
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17;
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 68, I;
Telefon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis
Die Halle vierteljährlich bei postamtlicher
Bestellung 2,50 M., durch die Post
2,75 M., auswärts Zustellungsgeld.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
In amtlichen Zeitungs-Verzeichnissen
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unbesetzt eingetragene Nummern
wird keine Gewähr übernommen.
Hochdruck und Druckmaschinen:
„Saale-Dr.“ gefertigt.
Verleger: Dr. Robertus Nr. 1149;
des Abonnement-Verwaltung Nr. 1133.

Nr. 181. Halle a. S., Mittwoch, den 20. April. 1910.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg im Herrenhause.

Nur keine Verkoppelung! — Die wieder hergestellte indirekte Wahl. — Stärkere Berücksichtigung der Bildung. — Die Drittelung. Trotzdem: Die Zweidrittel-Mehrheit!

Berlin, 19. April.

In der heutigen Sitzung der Wahlrechtskommission des Herrenhauses ergriff gleich zu Anfang Ministerpräsident von Bethmann Hollweg das Wort, um sich gegen den Vorstoß auszusprechen, wonach künftighin Änderungen des Wahlrechts nur mit Zweidrittel-Majorität in beiden Häusern möglich sein soll.

Die Rede des Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg

hatte folgenden Wortlaut:
„Die Königliche Staatsregierung hält es für ihre Pflicht, zu den für das Schicksal der Vorlage wichtigen Beschlüssen, die Sie gestern gefaßt haben, Stellung zu nehmen. Einmal, um darzulegen, welche Tragweite sie Ihren Beschlüssen beimißt. Andererseits will sie nichts verheimlichen, was dazu dienen kann, die Beratungen dieses hohen Hauses zu einem befriedigenden Ergebnis zu führen. Ich habe schon im Plenum die Gründe angedeutet, die die Regierung zu dem Entschluß bestimmt haben, sich zurückzuziehen, bis die Mitarbeit dieses hohen Hauses an der Wahlrechtsvorlage gesichert war. Sie hat dabei darauf gesehen, daß ihr die Annahme des durch das Abgeordnetenhaus so wesentlich veränderten Gesetzesentwurfes durch Beilegung der ihm anhaftenden Mängel ermöglicht, nicht aber etwa noch durch Sinzigung neuer Belastungen erschwert werden würde. Eine solche Belastung des Gesetzes ist der Antrag, der Bestimmungen über künftige Abänderungen der Verfassung, bzw. dieses Gesetz mit der Wahlrechtsreform verkoppelt wird. Der Herr Minister des Innern hat bereits gestern seinen Zweifel darüber geäußert, daß eine solche Verkoppelung für die königliche Staatsregierung unannehmbar ist.“

Bei der Beilegung der Mängel des Gesetzes handelt es sich vor allen Dingen darum, die im Abgeordnetenhaus wiederhergestellte indirekte Wahl
tunlichst von den Fehlern zu befreien, die man an ihr mit Recht tadeln kann. Gerade weil die Regierung diesen Wahlmodus auch für die Zukunft beibehalten sich bereit erklärt hat, muß sie den größten Wert darauf legen, durch seine Verbesserung dafür zu sorgen, daß mit ihm auch für lange Zeit noch auszukommen ist. Für eine solche Verbesserung haben auch Sie andere Wege als eine Verringerung der Drittelung und der Vorstufen über die Kulturträger nicht gefunden. Die Abhilfe wird daher, wie ich schon im Plenum angedeutet, in diesen beiden Richtungen gesucht werden müssen.

Daß die Schwierigkeiten in der Frage der Kulturträger groß sind, verkenne ich nicht. Ihre Überwindung wird nicht anders möglich sein als durch Beschlüsse, die sich an Entwürfe anschließen, die entsprechend der Ankündigung der Thronrede eine stärkere Berücksichtigung der Bildung und des durch Erfahrungen in der Selbstverwaltung geschärften politischen Verantwortlichkeitsgefühls gewährleisten, etwa in der Weise, wie sie gestern hier beraten worden sind. Für die Drittelung

bietet allein der Antrag Nr. 4 in seiner ursprünglichen Fassung (Gemeindevertretung in Orten bis zu 20 000 Einwohnern; in größeren Orten Drittelungsbezirke von 10 000 bis 20 000 Einwohnern), von kleineren Zahlenänderungen abgesehen, eine geeignete Grundlage. Der Antrag 4 (Stimmbezirksdrittelung in Orten bis zu 10 000 Einwohnern; in Orten von 10 000 bis 20 000 Einwohnern Drittelungsbezirke von 1749 bis 3499; in Orten von mehr als 20 000 Einwohnern Bezirke von 3499 bis 5249) bleibt sogar noch hinter dem zurück, was im Abgeordnetenhaus vor der dritten Lesung, allerdings in unveränderlicher Form, zur Herbeiführung einer Verkündung erstlich diskutiert wurde. Es genügt nicht, zur Schaffung der erforderlichen besseren Grundlage für die Drittelungsbezirke. Wenn ich mich schon in diesem Stadium darüber mit solcher Bestimmtheit ausspreche, so entnehme ich die Berechtigung dazu dem vom Herrenhause im Plenum und in der Kommission gleichmäßig befundenen festen Entschluß, die Erreichung eines positiven mit den Staatsinteressen vereinbaren Ergebnisses zu ermöglichen, eine Aufgabe, an der mitzuarbeiten auch für die

Königliche Staatsregierung eine verantwortungsvolle Pflicht ist.

Der Kommissionsbeschuß.

Trotzdem bestätigte die Kommission ihren Beschluß, daß verfassungsmäßig für Wahlrechtsabänderungen künftighin eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich sei. — In den § 15 schloß sie die Ermächtigung ein, daß in ländlichen Kreisen auch Wahlmänner aus den Nachbarreisen aufgestellt werden können. § 16 wurde in der Fassung angenommen: „Die Wahl findet entweder in gemeinschaftlicher Versammlung zu bestimmten Stunden (Terminwahl) oder in einer nach Anfangs- und Endtermin festzusetzenden Abstimmungsfrist (Frühwahl) statt. Eine lebhafte Befprechung drehte sich um die Resolution, die eine Vermehrung der Abgeordnetenanzahl einiger Wahlkreise bzw. eine Verringerung der Wahlkreiseinteilung oder eine andere Verteilung der Abgeordneten auf die Wahlkreise entsprechend den veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnissen forderte. Die Resolution wurde abgelehnt. — Damit ist die erste Lesung beendet. — Heute tritt eine Subkommission zusammen zur reaktionellen Ueberarbeitung. Morgen beginnt die zweite Lesung.“

Abgeordnetenhause.

52. Sitzung, 19. April.

Am Ministertische: v. Trott zu Solz, Schwarzopf. Präsident v. Richter eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die allgemeine Aussprache über den Kultusetat wird fortgesetzt.

Abg. Winkler (kon.):

Der Kultusminister tritt zum ersten Male diesen Etat. Es muß ein Erfolg sein, einen so mächtigen Etat zu vertreten, der allen Kulturaufgaben gerecht werden soll. Ueber Hoffmanns Rede lächeln wir. Sie geht wieder einmal, wie einem großen Teil unseres Volkes die wichtigsten Vergleiche im Staatsleben dargestellt werden. (Sehr wahr! recht.) Ich erinnere nur an die Oassen der Gutsbesitzer durch das Volksschulunterhaltungsgesetz. Wir sehen so recht, aus welchem Material die Rauher geuht wird, die einen großen Teil unserer Volksgenossen von uns abschließt. In unserem Staate zu leben, sollte für jeden eine Freude sein. (Beifall.) Den Ausführungen des Ministers über den Religionsunterricht stimmen wir zu. Der Abtrennung der Medizinabteilung vom Kultusministerium stimmen wir zu, sprechen uns aber gegen weitere Abtrennungsbestrebungen aus. Das Kultusministerium ist doch keine Aristokratie, von dem man ein Blatt nach dem anderen abblättern kann. Das Gebäude des Kultusministeriums unter den Linden schmückt ein schöner Fries der „Religion“. Ich hoffe, sie wird dort bleiben. Der Redner bittet den Minister, auch hinzuarbeiten, daß für ganz Deutschland ein gemeinsamer Kultusetat eingeführt werde.

Kultusminister v. Trott zu Solz

dankt dem Redner, daß er die geistigen Vorkämpfe des Abg. Hoffmann auf das Kultusministerium zurückgewiesen habe. Die beste Abredelegung Hoffmanns sind die Stimmen, die im Etat für diese Zwecke und insbesondere für die Volksschule angeworben werden. Man muß allerdings diese Zahlen richtig lesen und auffassen, wenn man über den Etat sprechen will. Dazu muß man den Etat studieren. Das hat Herr Hoffmann nicht getan, wenn ich nicht etwa annehmen soll, daß er absichtlich falsche Zahlen angeführt hat. Seine Behauptung, daß für Kirche und Geistlichkeit die Millionen nur so fließen, widerspricht direkt den Tatsachen. Tatsächlich betragen die Unterergaben für die evangelischen Geistlichen gegen das Vorjahr 16 383 M., für die katholischen etwa 100 M! (Seitertel!) Vergleichen Sie diese Ziffern mit den geistigen Ausführungen des Herrn Hoffmann! Die Ueberfüllung der Schulen hat nachgelassen. Die Gesamtaufwendungen für die Schule betragen 1890 und 55,82 Millionen, im Jahre 1900 62,07 Millionen und im Jahre 1910 161,58 Millionen. Die Steigerung von 1890 bis 1910 befreit sich auf 105,76 Millionen — 190 Prog. (Lebhafter Beifall!) Dem gegenüber wird behauptet, daß der preussische Staat für kein Volksschulwesen nicht keine Pflicht hätte. (Sehr gut!) Das ist ein Staat, dessen Steuersystem auf direkter Steuern beruht, zu denen diejenigen Klassen, die hauptsächlich ihre Kinder in diese Schule schicken, nicht aber nur wenig beitragen. (Lebhafter Beifall.) Ich habe allerdings wenig Hoffnungen, daß diese Zahlen auch in den Kreisen bekannt werden, für die ich sie hauptsächlich ausgesprochen habe. Sehr richtig! Die Trennung des Medizinabteiles vom Kultusministerium wird erfolgen und im nächsten Etat zum Ausdruck kommen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Nissen (Däne)
flagt über das Verbot, den Religionsunterricht in dänischer Sprache zu erteilen.

Kultusminister v. Trott zu Solz:
Die Erteilung des Unterrichts in deutscher Sprache muß aufrecht erhalten bleiben, schon im Interesse der Kinder selbst, damit sie in Deutschland ihre Fortkommen finden können. Die Geistlichen in Nordfriesland müssen sich aber von jeder Agitation fernhalten.

Abg. Ernst (Vp.)
bedauert die absehbende Ernennung des Ministers in Sachen der Schöpfung eines selbständigen Unterrichtsministeriums und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Fäden zwischen dem Ministerium und der Lehrerschaft wieder festgekoppelt worden seien. Die ganze geistliche Schulaufsicht ist morisch. Die preussischen Volksschullehrer denken nicht entfernt daran, den Religionsunterricht aus der Schule ausmerzen zu wollen. Ueberhaupt ist von einer Religionslosigkeit der Lehrer keine Rede. Den Lehrern muß die Unversität geöffnet werden, zumal die Lehrerinnen diese Vergünstigung schon genießen. Bei der Entlassung von Lehrern, die ihre zweite Prüfung nicht rechtzeitig gemacht haben, wird zu rigoros vorgegangen. Im Regierungsbezirk Bromberg sind jetzt in einem Jahre 18 Lehrer deswegen entlassen worden.

Ministerialdirektor Schwarmhoff:
Diese letzte Mitteilung beruht auf Zeitungsmedeungen und ist falsch. Hier sind nur entlassen worden und zwar im Interesse der Eltern, die ein Recht auf eine volle Lehrkraft für ihre Kinder haben. Im übrigen dürfen die entlassenen Lehrer binnen fünf Jahren die zweite Prüfung noch nachholen. Das ist genügend Entgegenkommen.

Abg. Hadenoth (kon.)
beslagt die Polizeiverordnung betr. die obligatorische Leichenschau, die den Anbärzten und der Bevölkerung große Schwierigkeiten bereite. Wir begrüßen es, daß der Minister die Notwendigkeit der zentralen Stellung des Religionsunterrichts in der Schule gebührend betont hat. Die überwiegende Mehrheit der preussischen Lehrer will unter keinen Umständen den Religionsunterricht in der Schule entbehren.

Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.):
Ueber die Stellung der Religion in der Volksschule sind viele von uns einig, nicht aber über die Aufgaben der Religion in der Schule. Die Religion muß den gesamten Unterricht durchdringen. Von dieser Auffassung aus sind wir entschieden Gegner der Simultanschule. (Zurück links: Beifall im Schreis- und Zeichenunterricht.) Diese Zweige haben ja mit der Religion nichts zu tun, wohl aber der Geschichtsunterricht, der Deutsche Unterricht, das ganze Volksschul-! Sehr richtig hat der evangelische Generalinspektor Dr. Bauer die Simultanschule als die Schule der Anstößigkeit, der Unbilligkeit, der Profa und der Charakterlosigkeit bezeichnet, während er die Konfessionsschule die Schule der Freiheit, der Duldsamkeit und des Fortschritts nennt! (Beifall i. Ztr.) In Ländern mit Simultanschulen sind die konfessionellen Gegensätze am schärfsten, in Ländern mit Konfessionsschulen herrscht religiöser Friede. Auch Autoritäten der Linken, wie Paulsen und Curtius, sind Gegner der Simultanschule. (Beifall i. Ztr.)

Abg. Bierck (frk.):
Herrn Hoffmann hat der Kultusminister den Spiegel der Wahrheit vorgehalten. Wir wollen genügt auf dem Gebiete der Volksschule fortfahren, wir haben aber auch hier unsere Pflicht durchgesetzt. Dem Lehrermangel, namentlich im Osten, muß entgegengetreten werden. Der Kulturkampf ist zwar nicht durch einen richtigen Fortschritt abgeschlossen, aber er hat doch einen noblen Charakter angenommen. Wenn wir nun einmal davon ausgehen, daß Staatlichkeit ohne Religion nicht denkbar ist, so wäre es eine Ungeheuerlichkeit gegen die Öffentlichkeit, wenn wir ihnen nicht wenigstens die Bekanntschaft mit einer Religion vermitteln. Mit den sozialdemokratischen Idealen ist es nicht weit her. Wir hoffen, die Jugend bei unseren Idealen zu erheben! (Beifall.)

Abg. Hinhmann (nl.):
Man hat hier von der Stellung des Religionsunterrichts viel gesprochen. Aber es handelt sich doch wohl in erster Linie um den Unterricht, sondern die religiöse Einwirkung ist die Hauptsache. Und die geschieht viel weniger durch zahlreiche Unterrichtsstunden in Religion, als durch die Persönlichkeit der Lehrer. Der Mittelpunkt des eigentlichen Unterrichts muß der deutsche Unterricht sein, um eine deutsche Jugend zu erziehen. Das ist kein Gegensatz zu der Religiosität, denn der Deutsche ist seinem inneren Wesen nach von jeher religiös. (Zuruf.) Die Simultanschule erscheint nur als Ideal. Aber zur Zeit ist das Ideal nicht zu erreichen. Die Lehrerschaft erteilt mit besonderer Freigebigkeit den Religionsunterricht, und es sollte den Lehrern der Religionsunterricht nicht genommen werden. Die Gemeinden sollten mehr Interesse für den Schulbetrieb zeigen. Sie sollten auch nicht nur wissen, welche Rechte sie haben, sondern auch, welche Rechte sie den Oberlehrern gegenüber nicht haben. Der Redner fordert bürgergemässen Unterricht, der aber kein parteipolitisch sein dürfte. Ein Schlußantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Hoffmann (Soz.)
bedauert, keine Kritik der Simultanschule sei durch den Inhalt begründet gewesen.

Abg. Dr. Bittich (Ztr.)
bemerkte, seine Kritik der Simultanschule sei durch den Inhalt begründet gewesen.

Abg. Frhr. v. Jochims (frk.):
Die Bemerkung des Abg. Hoffmann zeigt folgender, daß er den Etat auch jetzt noch weder lesen noch verstehen kann. (Seitertel.)



Dr. Hoffmann (Gos.)

Herr v. Jochly, der sich besser zum Schulmeister, als zum Abgeordneten eignet, kennt nicht einmal die Geschäftsordnung.

Herr v. Jochly, der sich besser zum Schulmeister, als zum Abgeordneten eignet, kennt nicht einmal die Geschäftsordnung.

Was Sie eben sagten, hätte allenfalls Herr v. Jochly persönlich bemerken dürfen.

Herr v. Jochly, der sich besser zum Schulmeister, als zum Abgeordneten eignet, kennt nicht einmal die Geschäftsordnung.

Das Kapitel „Ministerium“ wird bewilligt. Es folgt das Kapitel „Elementarunterrichtswesen“.

Herr v. Jochly, der sich besser zum Schulmeister, als zum Abgeordneten eignet, kennt nicht einmal die Geschäftsordnung.

fordert Vermehrung der Lehrerinnenzahl und mehr Lehrerinnen für das plattl. Land. Deiber haben sich die Aufsammlungen im Ministerium über die Selbsttätigkeit der Lehrerinnen geändert wie die Zusammenkünfte (Heiterkeit). Jetzt sind die Lehrerinnen der meist vertriebenen Lehrerinnenzahl meist Schönerinnen, die außer dem Stund noch kein Lebensziel verfolgen haben und sich beschaffen auf dem Lande nicht wohl fühlen.

Herr v. Jochly, der sich besser zum Schulmeister, als zum Abgeordneten eignet, kennt nicht einmal die Geschäftsordnung.

knüpft diesen Überlegungen im Prinzip zu. Eine angemessene Zahl Lehrerinnen der Volksschule nur nicht. Der Minister gibt statistische Angaben, doch sich auf die Zahl der Lehrerinnen stellen mit der Zeit immer erhöht habe. Wir werden auch auf diesem Wege fortfahren. Bei der Errichtung von staatlichen Lehrerinnenseminaren dürfen wir aber ein alzu schnelles Tempo nicht einschlagen aus Rücksicht auf die noch belebenden kommunalen und privaten Lehrerinnenseminare. Wir müssen uns auch vorziehen, daß wir nicht zu einer Überproduktion an Lehrerinnen kommen.

Herr v. Jochly, der sich besser zum Schulmeister, als zum Abgeordneten eignet, kennt nicht einmal die Geschäftsordnung.

Das Haus verlangt die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr. Schluß: 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag. 67. Sitzung vom 19. April, 12 Uhr.

Die erste Beratung des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt.

Der Abg. Molkenbuth hat gestern wieder unsere ganze Sozialgesetzgebung revidiert. Aber wenn nach dieser Entwurf hier durchgeführt wird, so kommen wir in ein paar Jahren dahin, daß für diese Zwecke pro Jahr 100 Millionen, also pro Tag drei Millionen ausgegeben werden.

Wenn Herr Molkenbuth da schon unsere Gesetzgebung als rüddelhaft bezeichnet, wie will er dann jetzt über die englische Gesetzgebung urteilen! Er hat auch wieder die „Scharfmacher“ im Senatrat angegriffen. Da gereicht es mir zur Genugung, daß jetzt sogar der Senatrat und sein Vorsteher sich auf die Seite des Krankenverbandes gestellt haben. Der Entwurf will verschiedene Arten von Versicherungsämtern schaffen, um die Gemeindebehörden zu entlasten.

Die Organisation der Krankenkassen soll nach dem Entwurf die der Unfallversicherung werden, die der Versicherung der Arbeiter und Unternehmer der sozialdemokratische Zettler in den Ortsteilen ernannt wird. (Gelächter links.)

Tamohi, die Unternehmer haben jetzt, wo sie nur 1/2 Beträge zahlen, kein Recht, sie sind die Geschwätzler. (Gelächter bei den Gos.) Ob bei der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Anarbeitnehmer die Kosten für die ärztliche Versorgung nicht zu groß werden, muß sorgfältig erwogen werden.

Mindestens müssen Kautelen geschaffen werden, etwa dahin, daß erstens die Kosten zum Teil auch von den Versicherten getragen werden, und zweitens, daß die Unternehmung in den Krankenkassen erleichtert wird.

versicherung der Angestellten siehe. Ich hoffe, daß der Entwurf im Herbst dem Hause vorgehen kann. Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Die Ausperrung in Bayern entspricht nämlich nicht den Erwartungen, die man in Berlin nach der Zahl der den Verhältnissen unzufriedenen Arbeiter gestellt hatte, und es soll darauf geachtet werden, daß die Ausperrung grundsätzlich vorgenommen werde.

Es sollen sich die Arbeiter unter ihren Kameraden zusammenschließen, ihre Bauten aber an ihre früheren Kollegen abgeben, die dann die Bauten mit den alten Arbeiter unter den gleichen Bedingungen unter ihrem Namen fertigstellen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

Herr Spaß hat ferner eine Modifikation der Reichsversicherung bis zum 1. Januar 1910 gewünscht. Aber diese Modifikation würde die ganzen finanziellen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen.

1. Der Religionsunterricht ist ein wesentlicher und unentbehrlicher Unterrichtsgegenstand der Volksschule. 2. Die kirchliche Beaufichtigung des Religionsunterrichtes ist, wo sie noch besteht, aufzugeben. 3. Kein Lehrer sollte gezwungen sein, wider seine Überzeugung Religionsunterricht zu erteilen. 4. Katechismusunterricht im gewöhnlichen Sinne des Wortes gehört nicht in die Volksschule.

In Sachsen-Gotha ist übrigens die Trennung von Kirche und Schule seit 1863, in Sachsen-Meiningen seit 1909 durchgeführt. In beiden Staaten findet auch keine Beaufichtigung des Religionsunterrichtes durch die Kirche statt. Es wäre an der Zeit, daß die übrigen künftigen Staaten, besonders Sachsen-Meiningen mit seinen liberalen Traditionen, dem Beispiel Gothas und Meiningens nachfolgt.

Parlamentarisches.

Hg. Berger beantragt in der Budgetkommission des Reichstages Erhebung einer Sonderermögenssteuer in Süddeutschland als Beitrag zu den Kriegskosten.

Keine politische Nachrichten.

Wegen des Verbots des Exports von Waffenpatronen durch den Reichspräsidenten v. Jagow hatte der Reichstag die parlamentarische Vertretung in Berlin, Ernst, gegen den Reichspräsidenten beim Reichspräsidenten Klage erhoben. Die Klage wurde für unzulässig abgewiesen. Die Klagen hat der Kaiser Ernst zu tragen. Die Höhe des Streitobjekts wurde auf 8000 Mk. angesetzt.

Im Reichstag des Innern hat eine Besprechung darüber stattgefunden, wie die Berufs- und berufsbildungsfähigen Erwerbenden sowie die sonstigen größeren Zahlungen, z. B. Waisen und Altersrenten, Anwartschaften, vereinfacht werden können, um die Belastung der Bevölkerung durch die Zahlungen zu verringern und zugleich das Hilfsvermögen zu beschleunigen und zu verbilligen. Insbesondere würde es sich um die Zusammenfassung verschiedener Zahlungen handeln.

Heer und Flotte.

Ueber Landungsmöglichkeiten.

Letztes Deutschland, Englands und Frankreichs spricht der frühere Oberst Gable im „B. T.“ Er führt aus: Die französische Flotte befindet sich augenblicklich in einer Zeit des Niedergangs. Es ist dies die Nachwirkung einer falschen Lehre, die vor zwei Jahrzehnten von den französischen Berufsoffizieren aufgestellt wurde. Man sollte bekanntlich den Nachdruck nicht auf die Seeschlacht legen, sondern auf die Verteidigung der Küste und auf den Kreuzerriegel. Daher auch die große Zahl von Unterseebooten in der französischen Flotte. Nun ist man aber in Frankreich dahin gekommen, daß diese Aufstellung eine irdige war, und man hat auch dort jetzt kolossale Anlagen, also daß die Republik durchaus nicht Deutschland gegenüber aus ins Hintertreffen gerät, zumal die französischen Küsten mehr als ausreichend gegen eine Landung armiert sind. Und wenn wirklich die Landung einer feindlichen Division dort gelänge — was sollte sie auf gemäßigtem Boden wohl Großes ausrichten? Rückschlag auf die eigenen Schiffe oder Vernichtung, resp. Kapitulation wären das Ende.

Aus diesem Grunde ist auch nicht einmal eine unmittelbare Landung des ganzen englischen Heeres an der deutschen Küste besonders zu fürchten. Unsere Streitkräfte zweiter und dritter Linie in Verbindung mit der Küstenverteidigung würden genügen, es auszuführen zu machen. Nur dann könnte uns das englische Heer gefährlich werden, wenn es in Belgien oder Holland eine gelungene Grundlage für sein weiteres Vorgehen fände und zugleich den Kern eines durch die Truppen der Verbündeten verstärkten Reaktionsheeres bildete. Aber eben wenn es von Dänemark aus, vielleicht durch einen Teil des nördlichen Meeres unterstellt, gegen den Kaiser-Wilhelm-Kanal nachziehen würde. Zu dessen Schutz müßten wir nicht ansehnliche Streitkräfte bereitstellen.

Und ebenso verhält es sich mit einer deutschen Landung in England. Wollten wir die englischen Küsten betreten, so gäbe es doch andere Mittel. Der Einzug einer Division entspräche nicht dem Gewinn.

Ausland.

Vorbereitungen zum neuen Wahlkampf in England.

Dem Minister Churchill ist von einem Privatmann eine bedeutende Geldsumme zur Verfügung gestellt worden, um damit im Lande eine Kampagne für den Freibandel zu eröffnen. Es sollen 2500 Vorträge über dieses Thema von den hervorragendsten Freihandelsautoritäten Englands, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, gehalten werden. Eine politische Propaganda soll nicht damit verknüpft sein, obwohl es selbstverständlich ist, daß die Schutzvereine gegenwärtig auf den kommenden Kampagnen ein konservatives Wahlsparole eine Rolle spielen wird.

Wiederum tritt Lord Rosebery der Ansicht der Unionisten, die Küste auf neue von der Hauptflotte abzuhängen, in der „Times“ sehr scharf entgegen. Er fordert Balfour auf, bei den kommenden Wahlen die Freihandelsfrage ganz aus dem Spiele zu lassen. Es handle sich nur um die Entscheidung des Volkes darüber, ob es eine oder zwei Kamern haben wolle, und nur hierfür soll es befragt werden.

Graf v. Züggens-Maria.

Das Wiener Fremdenblatt veröffentlicht aus Anlaß der Erhebung des österreichisch-ungarischen Botschafters am Berliner Hof v. Züggens-Maria in den erbliehen Grafenstand

Ausführungen, denen sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit herzlichsten Glückwünschen für den verdienten Staatsmann anschließt. Diese Ausführungen lauten:

„Man darf in dieser allerhöchsten Entscheidung eine neuerliche ehrende Anerkennung der außerordentlichen wertvollen Dienste erblicken, welche Graf Züggens während seines langjährigen Wirkens der österreichisch-ungarischen Monarchie leistete. Im Oktober 1892 wurde er auf seinen jetzigen Posten berufen, und seitdem erbrachte seine Tätigkeit den Beweise, daß er sich in hingebendem Eifer der Pflege eines Verhältnisses widmet, dessen erfreuliche stetige Vertiefung gewiß auch seiner Mitarbeit zuzuschreiben ist. Seine persönlichen Beziehungen haben ihm vielen Erfolg erleichtert. Die Hochachtung, der er sich in der deutschen Hauptstadt erwarb, dürfte neuerdings dadurch zum Ausdruck gelangen, daß ihm die hochgeehrte Auszeichnung dort ebenso sympathisch begrüßt wird wie von den zahlreichen Freunden, die ihm in Österreich eine herzliche Beweismahnung.“

Kleine Tagesnachrichten.

Der verlorene Oberst Alexander Malin, ein nahe Verwandter der ermordeten Königin Draga von Serbien, war das Haupt der Verschwörung vom 11. Juni 1903, der das Königspaar zum Opfer fiel. Unter König Peter wurde Malin in die Spige des Generalsstabes berufen. Vier Jahre vermittelte er eine engen den König und seine Minister gerichtete Denkschrift über das serbische Heer, in der er an der Unfähigkeit und Korruption der Regierenden scharfe Kritik übte.

Halle und Umgebung.

Salle a. S., 20. April.

Die Zahl der Ausgewanderten.

Im Baugewerbe wächst noch immer. Von gestern zu heute ist nach den Zählungen der Arbeiter eine nicht unwesentliche Steigerung zu verzeichnen, die etwa 130 beträgt. Es sind ausgeperrt 694 Maurer, 141 Zimmerer und 249 Bauhilfsarbeiter.

Die Nichtentgeltlichen sollen zur Unterstützung der Ausgewanderten künftig 60 Pfg. pro Mann und Tag entrichten.

Das Verhängen der Schaufenster.

M. Das Kammergericht hat bezüglich des Begriffs Waren eine besonders lehrreiche Entscheidung gefällt. Der Deklamator und Schankwirt M. zu St. war auf Grund einer Diebstahlpolizeiordnung angeklagt worden, welche u. a. vorschreibt, daß an Sonn- und Festtagen Schaufenster, in welchen Waren ausgestellt sind, verhängt oder geräumt werden müssen. M. hatte zur verbotenen Zeit Fleisch mit gefärbtem Wasser in seinem Schaufenster stehen. Zu seiner Verteidigung machte M. geltend, die in Rede stehende Polizeiordnung beziehe sich nicht auf Deklamatorien und Schankwirts. Die Strafammer verurteilte aber M. zu einer Geldstrafe, weil sich die in Rede stehende Wortführung auf alle Schaufenster beziehe; das Publikum soll zur kritischen Zeit durch die Gegenstände im Schaufenster nicht abgelenkt werden. Diese Entscheidung greift M. durch Revision beim Kammergericht an, welches die Vorentscheidung aufhob und M. freisprach, indem u. a. ausgeführt wurde, die fragliche Bestimmung könne vorliegend nicht angewandt werden, weil gefärbtes Wasser in den im Schaufenster ausgestellten Fleisch nicht zu den Waren gerechnet werden könne.

Waren seien veräußliche Gegenstände. Photographien von Personen, gefärbtes Wasser usw. seien aber nicht verkäuflich und mithin nicht als Waren zu bezeichnen.

Werkze und Automotile.

Neuerdings sind die dem Kraftwagenverein deutscher Werkze angehörenden Automobilisten berechtigt, an ihren Autos einen dreieckigen Wimpel zu führen, der das Wort-Auto kennzeichnet. Der Wimpel ist fünf dreieckig, weiß mit roter Kante, einem roten Kreuz und am breiten Ende mit schwarzem Feld versehen, auf dem die Buchstaben K. V. D. V. stehen. Die Kraftwagen können neuerdings bei den Werkzen immer mehr in Gebrauch und es wird zumeist auch gehalten, daß sie bei Krankenbesuchen mit ihren Wagen große Dispersionswege befahren, die sonst für den Automobilfahrer verboten sind. Der Wimpel läßt sofort erkennen, daß es sich um das Auto eines Arztes handelt, der zur Hilfeleistung gerufen wurde.

Düppelsüßmer.

Wie die Jahre zuvor, so vernehmen sich auch diesmal, und zwar am Sonntag, ein Anzahl ehemaliger Angehöriger des I. Regiments des IV. Garde-Regiments zu Fuß, die 1864 am 18. April den Sturm auf die Düppelschanzen mitgemacht hatten, im Restaurant des kaiserlichen Schlosshofes bei Kamerad A. Schäffer. Der Einladung hatten diesmal sechs Düppelsüßmer aus näherer oder weiterer Entfernung Folge gegeben, die zusammen ein Alter von 40 Jahren repräsentierten. Alte Erinnerungen wurden aufgeführt und beschloßen, sich bei den Jubiläumsspektakeln des Regiments im Mai d. J. zu beteiligen. Das IV. Garde-Regiment zu Fuß wurde durch königl. Kadettenkorps aus Mobilisationsgruppen (1859 Krieg Österreich und Italien) am 3. Mai 1860 errichtet, besteht also jetzt 50 Jahre. Aus diesem Anlaß sind große Festlichkeiten vorgesehen.

Der neunte Bezirkskommission der Provinz Sachsen

und der Herzogl. Anhalt und Braunschweig hält am 4. und 5. Mai d. J. in Halberstadt seine diesjährige Hauptversammlung ab. Das Bureau der Veranstaltung befindet sich vom 4. Mai ab im Ratsseller, wo auch die erforderlichen Wohnungen nachgewiesen werden. Am gleichen Tage abends 8 Uhr findet eine Versammlung im Ratsseller, am Donnerstag, den 5. Mai von vormittags 10 1/2 Uhr ab im Gasthof die eigentliche Hauptversammlung statt, in der über Jahrs- und Fortbildungsschulen, Arbeitsprüfungsausschuss, Meister- und Gekellen-, sowie Substanzprüfungsweisen, Schaffung einer Zentralfelle für die Schmelzvereinigungen des Aufschmelzens der Breite u. a. verhandelt werden soll. Auch außerhalb des Verbandes findende Annahmen, sowie einzelne Schmelzmeister sind als Gäste willkommen.

Für Freitag, den 6. Mai, sind Aussätze in den Herz geplant.

Die Ernennung des außerordentlichen Professors Dr. Simon v. Nathusius in Jena zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Halle wird nunmehr amtlich gemeldet.

Der V. Kommunität Bezirksverein hält seine Monatsversammlung am Donnerstag in Wieses Restaurant, Wilhelmstraße, als Scherzinsatz ab.

Der Beherrenverein Halle-Dorn hält die nächste Sitzung am Sonntag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr in der „Luise“ ab. Hauptlehrer Müller-Eisport referiert über Ernst vortier Arbeit.

Zentralverband deutscher Eisenbahner und Arbeiter (Eich Eberfeld). Wie man uns schreibt, geminnt der Verband durch seine selbstgewählte Standesarbeit immer mehr das Vertrauen der Eisenbahner. Nach fünfjähriger Tätigkeit bestehen heute schon 13 000 Mitglieder im Verbande zum Gemeinwohl. Neuerdings hat der Verband eine Denkschrift herausgegeben, die in vorzüglicher Weise die Wünsche der Bahngänger in der vorzüglicher Handwerker und Arbeiter vorantreibt. In einer Audienz überreichten drei Mitglieder des Verbandsvorsitzenden dem Minister der öffentlichen Arbeiten, a. Breitenbach, die erwähnte Denkschrift. Dabei wurden mündlich die Wünsche noch eingehend dargelegt und besprochen. Der Minister anerkannte die durchaus ruhige und sachliche Form, in der die Denkschrift die Wünsche zum Ausdruck bringe. Er sagte eine wohlwollende Prüfung derselben zu, wie er auch dem Verbands ein weiteres Wohlwollen entgegenbringen werde, wenn er sich in der bisherigen Bahnen weiter fortbewege. Der Verband begehrt: Hebung des Standeswohlstandes, Pflege vaterländischer Gesinnung, geistige Weiterbildung und Förderung des geistlichen Fortschritts der Mitglieder, allgemeine Lösung der sozialen Lage der in den Verhältnissen und Betriebsstätten der preussischen Staatseisenbahngemeinschaft und Reichseisenbahnen beschäftigten Eisenbahner und Arbeiter, möglichst günstige Arbeits- und Lohnverhältnisse, bessere Pensionsverhältnisse für die Mitglieder, sowie deren Wimen und Waisen, und anderes mehr. Die Mittel zur Erreichung des Verbandszweckes sind: Eingaben und Petitionen an die verschiedensten Instanzen der preussischen und reichsständlichen Eisenbahnverwaltung, sowie an das preussische Abgeordnetenhaus, den Bundesrat und den Reichstag; Benehmung mit den vorgelegten Stellen bei berechtigten Wünschen und Beschwerden. Alle diejenigen Eisenbahner und Arbeiter, welche sich dem Zentralverband deutscher Eisenbahner und Arbeiter (Eich Eberfeld) anschließen wollen, werden gebeten, sich in der Geschäftsstelle Körnerstr. 27, Sof. pt. rechts, zu melden in der Zeit von 6-7 1/2 Uhr abends und Sonntags bis 2 Uhr.

Hus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; die Verfasser sind in vollem Umfange der sich selber verantwortlich.)

Trink- und Badegelegenheit

zu schaffen beschließt die Beschläger unserer Bogenloest bei feststehender wärmerer, beim heißer Jahreszeit, besonders aber schon jetzt, weil die Natur und alles was darin lebt, nach Regen lechzt, denn wer sich seine Lieblinge erhalten will, im Garten, Bach usw., muß auch für Trink- und Badegelegenheit sorgen, sonst geht alles die Höhe fort. Wozu hergeräuendert Anstalt, wenn man solche Wasserläufe beobachtet. Der Bogenloestverein darf hier wohl mit Recht behaupten sein.

Die einfache und billige Art bleibt, große flache Stumpen-Anterfüße, morgens und mittags gefüllt mit frischem Wasser (wer mehr Zeit zum Besuchen hat, füllt auch dreimal). Es empfiehlt sich, die Unterfüße erhöht hinzustellen, damit die Wasser mehr Schuß nach Raubgeheim, besonders vor Katzen, die Hundebark im Herbst fauern; leider fällt ihnen da manches Ferkeln zum Opfer. Wer ganz sicher vor Heberloch darf Raubgeheim sein will (es schmeißt beständig in aller Frühe unbeschaubar auf Staub umher), bedecke den Wasserbehälter mit großer Drahtgitter, aber gut befestigt, großmächtig, damit der Vogel bequem hindurchschlüpfen kann, aber noch besser, man richte eine geräumige Drahtgittereinrichtung her mit Drahtüberdachung (Drahtgitter ist in verschiedenen Breiten und Maßverhältnissen in Eisenhandlungen zu kaufen). Wer sich eine etwas kostspieligere Zänke und Badeeinrichtung gestalten kann, der sei auf die „Ornitologische Monatschrift“ Nr. 6, Juni-Heft (Verlag der Deutschen Verlagsbuchhandlung, Magdeburg) hingewiesen; das Heft wird eine Reihe von Zänken- und Badeeinrichtungen bringen.

Provinzial-Nachrichten.

Thüringer Millionenspekulation.

Weisungen, 18. April. Heute begann hier, zahlreich besucht aus allen Teilen Thüringens, die diesjährige Tagung der Thüringer Konferenz zur Innere Mission. In der Begrüßung der Verhandlungen stellt die Frage der Jugendpflege. Mit ihr beschäftigten sich die Arbeiterversammlungen des Kadmittates. Auf Grund eines Referates von Viktor Fries-Debus fand eine angelegte Aussprache über Methoden und Ziele der Jungfrauenvereinsarbeit statt. Erfreuliches war aus der Arbeit des Thüringer Junglingsbundes auf dessen Generalfammlung zu verzeichnen. Die Zahl der Vereine wächst ständig; für das Soldatenheim bei Ohrdruf ist ein Haus gekauft und wird augenblicklich eingegründet, so daß die Soldatenhilfe des Bundes, die bis bisher nach jeder Richtung hin demüßigt hat, auch für die Zukunft gesichert ist. Im Thüringischen Rettungsausschuss wurde über das englische Kinderhilfsgeheim und den neuen Entwurf zum Strafgesetzbuch, mit besonderer Beziehung auf die Jugendlichen, verhandelt.

Am Abend sprach in öffentlicher Volksversammlung Konfirmandrat Frau-Vernigrode über die Fortbildung und weiteren Ausrichtungen wies er nach: Diese Fortbildung ist nötig; denn mit der Schule ist die Bildung der Jugend nicht abgesehen, es geht auch nicht an, den Lehrplan noch viel mehr wie bisher zu erweitern. Die Weiterbildung ist auch möglich; es fehlt nicht an Zeit, Geld, Lehrern, Künstlern. Als Ziel ist ins Auge zu fassen: Heranbildung zur politischen Reife und zur Berufstätigkeit, systematische Körperpflege, Verbandesbildung, Gemütsbildung, Milieubildung. Mittel, diese Ziele zu erreichen, sind: Pflichterfüllungsschule (auch für die weibliche Jugend: Erziehung für den Frauen- und Mutterberuf), Kunst und Religion, diese als die tiefste Wurzel aller edlen Bildung.

Im Festgottesdienst in der altwiederrichten Stadtkirche predigte Generalsuperintendent Dr. Rohoff Altensburg über Psalm 16, Vers 6.

Gerichtsverhandlungen.

Ein Seitenstück zur Siebenlechner Feuerwehr.

(Nahdr. verb.) S. u. H. Zweibrücken, 18. April. In einer tieflichen Schwurgerichtsverhandlung hatte sich wegen Brandstiftung der Segreierinwendige Auel zu verantworten...

Im Laufe der Unternehmung wurde daher die Angelegenheit gegen Auel wegen Brandstiftung auf ein Verhörungsverfahren übergeben. In der Verhandlung betritt der Angeklagte jede Schuld...

Ruffschiffahrt.

Douai, 19. April. Der Postier Breguet führte gestern im Aerodrom Veruchsfahrten in einer Höhe von 20 Meter aus, als plötzlich der Apparat in der Luft umfiel...



Radschiffahrt.

Die Ang. Radf. Vereinigung Union hatte für den letzten Sonntag eine Fernfahrt Berlin-Halle-Berlin für Berufsfahrer ausgefahren, die jedoch fähigste Belegung gefunden hatte.

Interesse in Berlin-Siegling Rennen. Im Sportpark Siegling feierte Sonntag bei gutem Wetter ein gutem Besuch als Hauptkonkurrenz der Großen Frühjahrspreise vier Entschiedenheit Teile beherzigte seine Gegner ganz.

Auf der neuen Radrennbahn in Straßburg i. E. fand als Hauptkonkurrenz der große Eröffnungspreis über 70 Kilometer statt.

Radrennen in Chemnitz. Die Chemnitz Radrennbahn eröffnete am Sonntag ihre Saison bei gutem Wetter und gutem Sport. Der Besuch war ein herrlicherer.

Wettersport.

Reunen zu Torgau. Sonntag, den 17. April. 1. Nauenborfer Jagdbrennen. Preis 450 Mark. Distanz 3000 Meter. 1. Nittm. v. Kanjers Riane (Bel.). 2. Torgauer Jagdbrennen. Drei Ehrenpreise. Distanz 3000 Meter. 1. Hermann I. (Beliger).

Wassersport.

Der Sächsisch-Königspreis im Schwimmen. Bei dem am Sonntag in Dresden abgehaltenen nationalen Wettkampfen gewann Arnold vom Verein Hellas-Wagdeburg den Sächsischen Königspreis vor Schiele. Schiele gewann dagegen die kurze Strecke.

Der Leipziger Schwimm-Verein errang beim Wettkampfen in Dresden durch C. Kofland den 1. Preis im Kopfwettkampfung für Jugend.

Letzte Nachrichten.

Der Kaiser in Oesterreich-Ungarn.

H. Berlin, 19. April. Der Jagdausflug Kaiser Wilhelms bei dem Erzherzog Friedrich in Bellenz (Romita-Künftigen) wird nicht vom 15.-15., sondern vom 15. bis 25. September stattfinden. Es ist noch zweifelhaft, ob die Kaiserin ihren Gemahl begleiten wird.

H. Berlin, 19. April. Zu der Wiener Meldung des Belgischer Watters „Politica“, daß Kaiser Franz Josef nach der Begegnung mit Kaiser Wilhelm Ende des Sommers ab zu danken werde, erfährt das Stich-Telegraphenbureau an zühändiger Stelle, daß diese Meldung unzutreffend ist.

Wohnungsnot und Kampf im Baugewerbe.

H. München, 19. April. Der kaiserliche Landesverein zur Förderung des Wohnungswezens hat an das Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußeren eine Eingabe gerichtet, in der unter Hinweis auf den ersprechenden Wohnungsmangel das Staatsministerium ersucht wird, in kürzester Zeit Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern des Baugewerbes einzuleiten, um einen für beide Teile befriedigenden Vertrag abzuschließen.

Maisfeier in München.

H. München, 19. April. Einer Meldung zufolge wird in diesem Jahre die Münchener Arbeiterschaft den 1. Mai durch eine Massendemonstration auf der Theresienwiese begehen. Der Aufmarsch erfolgt mittags von den einzelnen Stadtteilen aus in 12 Zügen. Mit Rednerreden auf Tribünen. Ein Wallengelaug beschließt die Veranstaltung. Der Abmarsch erfolgt in geschlossenen Reihen. Bei ungünstigem Wetter werden in eif. Lokalen Versammlungen abgehalten werden.

Nahrungsmittelverfälschung.

H. München, 19. April. Der Staatsanwalt hat gegen acht heilige Metzgermeister Anklage wegen Nahrungsmittelverfälschung erhoben, da in ihren Betrieben, besonders bei Herstellung von Würstwaren ekelhafte Zustände aufgedeckt worden sind.

Kaiser Franz Josef in Bosnien.

H. Wien, 19. April. Wie das „Wiener Abendblatt“ meldet, wird Kaiser Franz Josef im Laufe des Monats Juni Bosnien und die Herzegovina besuchen.

Rästelhafter Selbstmord.

H. Wien, 19. April. Heute morgen wurde der Jurist des zweiten Jahrganges an der Wiener Universität und Mitglied der Theresianischen Akademie, Wilhelm Baron Marsz, der morgen die rechtshistorische Staatsprüfung hätte ablegen sollen, in seinem Zimmer tot aufgefunden. Der junge Mann hat aus unbekannter Ursache Selbstmord verübt.

Die Opfer von Deffeort.

H. Budapest, 19. April. In dem Spital zu Deffeort haben die Bewußtlosen nicht zurückerlangt. Im Spital befinden sich jetzt noch 55 Patienten, von denen 30 im Starrkrampf liegen.

Der Sultan im Tibid-Balast.

H. Konstantinopel, 19. April. Auf Anraten der Ärzte wird der Sultan samt Harem im Sommer in den Tibid-Balast überführt. Die Nachrichten aus Yemen lauten sehr ernst. Es wird ein allgemeiner Aufrust unter Jman und Jahia befristet.

Unterhaltungsblatt.

Der brennende Berg. Von Hans Strobl. (Fort.) - Ein verloren geglaubtes Gedicht Friedrich Schillers. - Kunst und Wissenschaft. - Theater und Musik. Der Bisherige.

Beitrag: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermittlung und Sport: Erich Boldow; für das Feuilleton: Paul Schaumburg; für den Theater-Teil: Friedrich Endruat; Druck u. Verlag von Otto Hendel. - Diese Nummer umfasst 8 Seiten. - ausschließlich Unterhaltungsblatt.

Thale a. H. 18. April. Gegen die in letzter Zeit in den von Ausschüssen fortien vorgenommenen Messperrungen ist von den beteiligten Gemeinden Reinstreit und Thale und dem Garzfuß Einspruch erhoben worden. Zur Klarstellung der Begegnungsfrage fand neulich ein Kollokutium statt, dem als Vertreter der Aufsichtsbüchse Landrat v. Jacobus-Duebinow, die Gemeindevorsteher von Thale und Reinstreit und der erste Schriftführer des Harzklubs, Buchhändler G. C. Duebinow, beiführten. Wichtigst heider gepochter Mitglieder konnte auf Grund des vorhandenen Karten- und Aktenmaterials festgestellt werden, daß die Sperrung zu Utrecht erfolgt ist.

Die Gemeinde Reinstreit glaubt daher sich mit der Freigabe eines anderen nach der Gerogshöhe führenden Weges nicht einverstanden erklären zu können und verlangt die Wiederfreigabe des gesperrten Weges.

Obenserverteilungen in der Provinz.

Es erhielten das Allgemeine Ehrenzeichen der pensionierte Eisenbahntechnograph Karl Wolff in zu Groß-Salze im Kreise Kalbe, der Wertmeister Franz Wegener, die Schlosser Wilhelm Hage und Karl Schmidt, sämtlich zu Magdeburg, der Gärtner Friedrich Wehede zu Sangerhausen, der Domänenkassawächter Karl Schrade zu Homersleben im Kreise Magdeburg, der Eisenbahnspezialaufseher Karl Serbst, der Eisenbahnspezialaufseher August Dutsch, der Eisenbahnschreiber Otto Fünffhäuser, der Eisenbahnvorkehrer Heinrich Gröffe, der Eisenbahnschreiber Adolf Ruhe, der Eisenbahnschreiber Adolf Rischke, der Eisenbahnerwartungsarbeiter Karl Friedrich, sämtlich zu Halberstadt.

Personalveränderungen.

in Oberlandesgerichtsbezirk Raumburg a. S.: Dem Amtsgerichtsrichter Sädel in Burg ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Charakter als Geheimrat verliehen worden. Ernannt sind: der Staatsanwaltschaftsrat Madelbeck bei der Oberstaatsanwaltschaft in Raumburg a. S. zum Vertreter des Oberstaatsanwalts beim Oberlandesgericht in Celle mit dem Titel erster Staatsanwalt, der Gerichtsassessor Schätgenberg zum Amtsrichter in Rohental und die Referendar Erich Schulze, Buchhändler, Postl, Karl Müller und Reumann zu Gerichtsassessoren.

Der Amtsgerichtsrichter Geheimrat Justitz von Borde in Wertheburg ist in den Ruhestand versetzt worden. Versetzt sind: der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wilschlag in Raumburg a. S. an die Oberstaatsanwaltschaft nach Helmstedt, die Amtsrichterräte Hermann in Egelin und Götsche in Stendal an das Amtsgericht in Merseburg und der Staatsanwalt Wellerkamp in Magdeburg nach Kitz. Der Staatsanwalt Becker in Nordhausen ist gestorben. Der Gerichtsassessor Wuffa ist in den Oberlandesgerichtsbezirk Breslau übernommen. Der Amtsgerichtsrichter Eduard Stacht in Schätze in Albersleben und der Gerichtsassessor Rittig in Magdeburg sind in den Ruhestand versetzt worden. Versetzt sind: die Gefängnisinspektoren Riekmann in Tegel nach Magdeburg und Juch in Bochum nach Halle a. S. und der Gerichtsassessor Wierich in Schweinitz nach Jena. Der Gefängnisinspektionsassistent Meinede in Hannover ist zum Gefängnisinspektor in Magdeburg ernannt worden.

Beim Uebertritt in den Ruhestand ist der Gerichtsassessor Heinrich in Tangermünde, Kramke in Halberstadt und Katerbau in Wittenberg in d. Th. der Königl. Kronenorden 1. Klasse und der Gerichtsbeamten Engel in Sulz, Stegmann in Calbe a. S., Rammann in Teuchern und dem Ersten Gerichtsbeamten und Notensmeister Rindl beim Landgericht in Raumburg a. S. das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens verliehen worden.

Der Gerichtsbeamten Fiering in Weitzenfels ist in den Ruhestand versetzt worden.

* Giesleben, 19. April. (Städtischer Singverein.) Hier gelang am Donnerstag, den 21. d. M., durch den Städt. Singverein zur Aufführung: Brüdner; Teubner; Wagner: Gemmen aus den Messinghörnern; ferner als Manuskripturteile: Draefke: Duocitrate zu „Herrat“; Stebban: Herbstwald für Chor und Orchester; Schilling: Das erste Erntefest aus der Musik-Troglodie „Molod“; Offizen: Mehrrens-Dresden, Rautenberg-Eisen, Köpman-Franfurt, Gmeiner-Union. Dirigent: Dr. Fern. Cieschan.

* Walle, 18. April. (Gelbzwanz.) Bei der Niederlegung des Daubes zum Umbau des Landwirt Körnerichs Hauses hier wurden auf dem Dachboden ein Hundsteh und Gelmündeln mit der Jahreszahl 1698 und bei den Ausschachtungen im Fundament ein menschliches Skelett gefunden.

* Harz, 18. April. (Interessanter Fund.) In der Ebene am sogenannten Ruffstand machten die Fischermeister Gebhard Weber einen interessanten Fund. Sie fanden das gewaltige Horn eines Auerochsen, an dem noch ein Stück der Schädeldecke klebte. Der Kern des Horns, das sehr gut erhalten ist, mißt allein 70 Zentimeter. An der Ansatzstelle beträgt der Durchmesser 13 Zentimeter.

* Wallberge, 18. April. (Ermittelte Diebe.) Vor etwa zwei Wochen war dem im Bureau der Hauptwache des Ziegels befähigten Kontorbesitzer K. in seiner Stube ein Brief mit 192 M. abhanden gekommen, welche Summe ihm zur Beförderung nach der Post übergeben worden war. Da man annahm, der junge Mann habe das Geld verloren, so wurde ihm auferlegt, das Geld zu ersetzen. Vorgestern kam nun eine postelweise Hausankunft in der Wohnung des Knecht's Wierich, dessen Ehefrau die künftige Reinigung der Kontorräume zu besorgen hat, den Brief mit dem größten Teil der Geldsumme zutage gefördert. Die Räuber-Ereignisse sind, da sie sich gegen hiesige Gefährtsleute Unregelmäßigkeiten haben aufsuchen kommen lassen, gestern auf dem Bernburger Bahnhof als fluchtverdächtig verhaftet worden.

* Etzold, 18. April. (Nach ein Fall von Boden.) Ins hiesige Johannistenkrankenhaus ist eine in Lindorf befindlich gewesene zirkulär-pollitische Sommerarbeiterin eingeliefert worden, die an Boden erkrankt ist. Alle nötigen Vorkehrungsmaßregeln sind getroffen worden.

* Arnstadt, 18. April. (Der Haltepunkt Arnstadt-Süd) wird, wie die Eisenbahndirektion Erfurt bekannt gibt, provisorisch 500 Meter weiter nach Flauze zu verlegt und zur Erhöhung des Eisenbahndammes zwecks Unterführung der Straßen der eingeleitete Betrieb zwischen den Stationen Arnstadt und Arnstadt-Süd für einige Zeit eingeleitet.

* Gera, 18. April. („Karpfenblut.“) Die Strafkammer verurteilte einen Fischhändler zu empfindlicher Geldstrafe, weil er verdorbene Karpfen verkauft hatte. Wenn Blut verlangt wurde, machte der schlaue Händler solches aus Chloride und Essig.

* Leipzig, 18. April. (Verhaftung von „Chiffern.“) Eine vierköpfige Chifferbande, bestehend aus einem Dadoeder und einem Kellner aus Barmen, einem Kellner aus Hannover und einer Arbeiterin aus Ohlen in Schleien, hat viele Gefährtsleute in Leipzig, Magdeburg, Halle, Chemnitz und anderen Orten beim Einstecken von Geld in raffinierte Weise zu betrügen gewußt und namhafte Geldbeträge erbeutet. Die Gesellschaft ist jetzt in Chemnitz festgenommen worden.



Vermischtes.

Explosionskatastrophe in einer Zündholzfabrik.

In der Paffhagen'schen Zündholzfabrik in Hegerbin hat eine Kesselexplosion stattgefunden. ...

Schreckliche Bekehrte.

Auf die durchdringende Detonation elkte Militär und Feuerwehrr herbei. Durch die Fetter wurden alsbald ...

Kessel fahrlässig

Am Brauen die Köhren und so entfiand das Unglück. Der Sterkbehe fcrie auf: „Die Schüffel!“ ...

Ein Fuhrwerk vom Schnellzug überfahren. Ein vom Anhalter Bahnhof in Berlin abgehender Schnellzug überfuhr ...

Haushausgiftungen. In Eiderfeld-Barmen wurden drei Personen vergiftet aufgefunden. ...

Ein ungetreuer Schülfrh. Der Schülfrh Hofsch, Drisenröcher in Stochheim, überant Bradenheim, ist wegen Betruges ...

Ein schweres Verunfall hat sich in der spanischen Stadt Valencia ereignet. ...

Eine tödliche Verarmung. Ein schweres Unglück ereignete sich in der Familie des Majors Martin zu Paris. ...

Eine Turnhalle für 4 Millionen. In der amerikanischen Harvard-Universität wird man eine Turnhalle erbauen, die über den Namen eines Turnpalaests verdient und nach ihrer Vollendung ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“) 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 208,62. Diskonto 187,20. Deutsche Bank 249,60 ...

Links Weggon 10. Badische Anilinfabrik 4. Concordia chemische Fabrik 2. Union chem. Fabrik 7,50 ...

Zum Kurzeittel. Berlin, 10. April. 4% Badische Staats-Anleihe 95,00 unk. 18.107,70. 4% Bayerische Staats-Anl. 101,60. 4% Preussische Staats-Anl. 101,60 ...

Der Kall-Kuxenmarkt.

Table with columns for Gold, Bries, and various locations like Adlee-Kall, Altona, Berlin, etc. with corresponding prices.

Vom internationalen Zuckermarkt.

Die abgelaufene Berichtswoche verkehrte in grösstenteils schwacher Haltung, und die Kurse wurden scharf herabgesetzt. ...

für 1909 erzielte die Gesellschaft einen Warengewinn von 1 409 249 (1 496 679) Mk. ...

Die Wollballfabrikation in Gera war am Montag trotz des Ausschusses verschiedener Händler stark besucht. ...

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörse. 19. April. Am Frühmarkt notierten Weizen inland 223,00 224,00 ab Bahn und frei Mühle. ...

Hamburg, 19. April. Die Notierungen verweisen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. ...

Table showing market prices for Hamburg, 19. April, with columns for various goods and their prices.

Hamburg, 19. April. Good average Santos vorm. nachm. abends ...

Rio de Janeiro, 19. April. Kaffee-Zufuhren 8,000 Sack in Rio de Janeiro in Santos. ...

Berlin, 19. April. Kartoffelmehl u. Stärke 20,75-21,25. Feinste Stärke 21,00-21,50. ...

Hamburg, 19. April. Chemische Produkte. ...

Bremen, 19. April. Baumwolle still. Upl. loko middl. 73,75 Pf. Liverpool, 19. April. Aegyptische Baumwolle per Mat 13,50. ...

London, 19. April. Chili-Kupfer 87 1/2. 3 Mon. 55 1/2. Zinn Straite Trade 149 1/2. ...

Amerikanische Warenmärkte. Kabelmeldung via Azoren-Emden. New York, 19. April. Chicago, 19. April. ...

Tendenzen: Weizen fallend. Mais stetig. Wasserstände. (ab bedeutet über, - unter Null).

Table showing water levels (Wasserstände) for various locations like Artern, Brückenpegel, Nabra, Oberpegel, etc.

Zum Kallgesetz. Die interfraktionelle Besprechung über die Kallgelegeneit hat am Dienstag im Reichstag stattgefunden. ...

Der Vereinsbank Hamburg bietet für das Gesellschaftsvermögen der Vereinsbank Hannover 75 Proz. nach Ablauf des gesetzlichm Sperrjahres. ...

